



Sozialistische Jugend Deutschlands
Die Falken
Landesverband Bayern

Natur
Freunde
Jugend
Deutschlands



An die
Präsidentin des BJR
Martina Kobriger
Herzog-Heinrich-Str. 7
80336 München

In Kopie per Mail an die Delegierten des Hauptausschusses, den Landesvorstand, die Mitgliedsverbände und die Stadt- und Kreisjugendringe des BJR

**Gegen den Ausschluss von a.i.d.a e.V.
aus der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus**

Seit eineinhalb Jahren ist die „Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus“ (LKS) beim Bayerischen Jugendring (BJR) angesiedelt. Bei der LKS hat sich ein Beratungsnetzwerk aus Institutionen, Organisationen und Expertinnen und Experten gebildet, die hier zusammenarbeiten. Die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München (a.i.d.a.), die seit 1990 die Aktivitäten der extremen Rechten dokumentiert und darüber Presse und Öffentlichkeit informiert, wurde am Freitag, den 24. April 2009 offiziell aus dem Beratungsnetzwerk ausgeschlossen. Der Landesvorstand des bayerischen Jugendrings sah sich aufgrund einer Weisung des bayerischen Kultusministeriums dazu gezwungen. Als Begründung für die Weisung wurde vom Kultusministerium die unbelegte Behauptung des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, a.i.d.a. sei eine „linksextremistische Organisation“, die demokratische Institutionen unterwandere, herangezogen. Damit endet eine eineinhalbjährige Zusammenarbeit im Kampf gegen Rechtsextremismus in Bayern. a.i.d.a. war auf Einladung der Landeskoordinierungsstelle von Beginn an Mitglied des Beratungsnetzwerkes und lieferte auf Wunsch Beiträge zur aktuellen Entwicklung der rechten Strukturen in Bayern.

a.i.d.a. sieht sich mit einer Diffamierungskampagne der bayerischen Staatsregierung konfrontiert, deren Höhepunkt jetzt die Aufnahme des seit 1990 arbeitenden Vereins in den Verfassungsschutzbericht Bayern 2008 ist. Die Publikation des Verfassungsschutzes listet a.i.d.a. in einer Tabelle unter der eigens dafür geschaffenen Kategorie „sonstige Linksextremisten“ auf. Darüberhinaus taucht a.i.d.a. an zwei weiteren Stellen im bayerischen Verfassungsschutzbericht 2008 auf: In der Rubrik „Freie Nationalisten München“ als Ziel einer Neonazi-Demonstration unter dem Motto „Linksextreme Strukturen erkennen - A.I.D.A.-Archiv verbieten!“ sowie als Ziel extrem rechter Aktivitäten unter „3.3 Linksextremistisch motivierte Straftaten / 3.3.1 Gewalttaten“, wo es heißt:

„Eine Vortragsveranstaltung über „den Stand der extrem rechten Szene in München“ der linksextremistischen „Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V.“ (a.i.d.a.) im „Kafe Marat“, einem örtlichen Anlaufpunkt auch des autonomen Spektrums in München (vgl. auch Nummer 3.1.2 dieses Abschnitts), veranlasste Rechtsextremisten zu Gegenprotesten. Ein Aufzug der „Freien Nationalisten München“ am 13. Juni unter dem Motto „Linksextreme Strukturen erkennen - a.i.d.a.-Archiv verbieten!“, der am „Kafe Marat“ vorbeiführen sollte, war dabei ein Höhepunkt linksautonomer Gewaltanwendung in München. Unter dem Slogan „Kein Mal und nie wieder - Keine Nazis vor dem Kafe Marat oder sonst wo!“ mobilisierten Autonome gegen die rechtsextremistische Versammlung. Repräsentanten der Partei DIE LINKE. meldeten unter dem Motto „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen - Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda; Die Linke. in den Bayerischen Landtag“ eine Gegenveranstaltung an. Trotz erheblicher Ausschreitungen kam es aufgrund des massiven Polizeiaufgebots zu keinem direkten Aufeinandertreffen der Versammlungsteilnehmer mit den Gegendemonstranten.“

Der Bericht nennt a.i.d.a. also lediglich als Ziel extrem rechter Agitation sowie als Veranstalter eines Vortrags und bleibt jeglichen Beleg für die Nennung im Bericht schuldig.

Der bayerische Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann, geht sogar noch einen Schritt weiter. In seiner Rede anlässlich der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts Bayern 2008 unterstellt er a.i.d.a., die Arbeit des Archivs diene nicht der Bekämpfung des Rechtsextremismus, sondern es handle sich um „Unterwanderungsversuche“, mit denen a.i.d.a. versuche „verstärkt bei demokratisch initiierten Projekten gegen Rechtsextremismus Fuß zu fassen und hier Einfluss zu gewinnen“. Weiter stellt er die aus der Luft gegriffene Behauptung auf, a.i.d.a. wolle nur „linksextremistische Vorstellungen verbreiten“ und habe in Wahrheit andere Ziele, nämlich „die Beseitigung unserer Grundordnung“. Belege bleibt Herrmann schuldig, auch im Verfassungsschutzbericht findet sich dazu nichts. Diese Vorgehensweise stimmt uns nachdenklich, da die bayerische Staatsregierung offensichtlich versucht, zivilgesellschaftliche Netzwerke zu regulieren oder gar abzuschaffen.

Was zunächst absurd anmutet, hat eine Vorgeschichte. Bereits Mitte Februar verschickte das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz ein Fax an den Bayerischen Jugendring, das dazu auffordert, die Zusammenarbeit mit a.i.d.a. zu beenden. Seine Aufforderung unterstreicht das Landesamt mit unvollständigen Zitaten von der a.i.d.a.-Website, einem Zitat von einem Flugblatt, das laut a.i.d.a. gar nicht von ihnen stammt und vermeintlich von der Archiv-Website verlinkte Homepages. Doch bei näherem Hinsehen stellt sich heraus, dass ein Großteil der Zitate gar nicht von a.i.d.a. verlinkten Seiten entnommen sind, sondern Internetauftritten, die sich erst aus einer weiteren Verlinkungen ergeben. a.i.d.a. weist auf seiner Website zudem darauf hin, dass es keine Verantwortung für verlinkte Websites übernehmen kann – wie das bayerischen Innenministerium übrigens auch.

Es ist zu befürchten, dass ohne die engagierte Mitarbeit von a.i.d.a, die in den letzten Jahren immer wieder mit Preisen für Ihre Arbeit ausgezeichnet wurden, die Arbeit der Landeskoordinationsstelle geschwächt wird. Insbesondere die genaue Rechercharbeit über die rechtsextreme Szene wird dem Beratungsnetzwerk fehlen. Die Jugendarbeit verliert einen wichtigen Partner im Kampf gegen die rechtsextreme Szene in München und somit auch in ganz Bayern.

Als ehrenamtliche Aktive bedauern wir den Ausschluss von a.i.d.a. aus dem Beratungsnetzwerk besonders, da a.i.d.a. ebenfalls in ehrenamtlichen Strukturen arbeitet und die Aufnahme in den Verfassungsschutzbericht neben der Rufschädigung möglicherweise den Verlust der Gemeinnützigkeit bedeutet.

Die Unterzeichner fordern

- die Würdigung der engagierten Arbeit von a.i.d.a. im Sinne von Zivilcourage, einer aufgeklärten Demokratie und im Kampf gegen Rechtsextremismus.
- den Landesvorstand des Bayerischen Jugendring und alle seine Mitgliedsorganisationen auf, sich öffentlich für einen Verbleib von a.i.d.a im Beratungsnetzwerk der Landeskoordinierungsstelle einzusetzen.
- das Bayerische Kultusministerium auf die Weisung zum Ausschluss von a.i.d.a unverzüglich zurückzunehmen.

René Leibig

Landesvorsitzender
der Sozialistischen Jugend Deutschlands
Die Falken, Landesverband Bayern

Maria Schranner

1. Vorsitzende
der NaturFreundeJugend Deutschland
Landesverband Bayern